

Kerstin Kaiser

Verfassungskolloquium 24. September 2007

„Immer sind die Weiber weg“ betitelt Stefan Heym eine Erzählung und gleich den ganzen Band höchst vergnüglicher Geschichten aus dem Leben. „Immer sind die Weiber weg“ mögen auch die Ministerpräsidenten ostdeutscher Länder z.B. wie Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg klagen. Eine vom Hauptausschuss in Auftrag gegebene Studie knallte uns die nackte Wahrheit auf den Tisch: Brandenburg wird älter, männlicher und ...dümmer! - Auch aus Brandenburg sind die Weiber weg, nur in diesem Fall ist die Sache offenbar nicht so vergnüglich.

Ganz schlimm sieht es in den berlinfernen Regionen aus:

Dort könnten die verbliebenen Männer bald Wölfe und Bären jagen und in der kontrolliert verwilderten Natur romantisch als Dauercamper leben. Sollte die demografischen Prozesse der letzten 15 Jahre noch einmal so lange ungebremst weitergehen, werden 2030 die Hälfte aller Brandenburger und Brandenburgerinnen ohnehin um Berlin herum siedeln, die Anzahl der Frauen im so genannt gebärfähigen Alter wird sich dann - gegenüber 2004 – halbiert haben. Das dürfte die Mark ins Mark treffen! „Zur Zeit verlassen das Land im Saldo jedes Jahr rund 6500 Frauen zwischen 18 und 30 Jahren. Auffällig ist die regionale Verteilung: Während einzig Potsdam einen positiven Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe verzeichnen kann, (+554) verloren etwa im Jahr 2004 gerade ... die Uckermark (- 625), die Prignitz (-376) und Spree-Neiße (-682) bis zu 7% ihrer Frauen zwischen 18 und 30 Jahren...“

Viele zehntausende potentielle Mütter mit gutem Bildungs- und Ausbildungsstand haben seit 1991 das abgelegene Land in Richtung Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen aber auch Berlin verlassen, um dort eine Arbeit zu finden und eine Familie zu gründen.

Familienministerin Ziegler weiß das durchaus und bestätigte im Sommer den negativen Wanderungssaldo bei Frauen (1992>2005: 275.200 weg, 262.700 zugezogen = -11.500 Frauen zwischen 15 und 40 Jahren. Bei den Männern gleichen Alters: 325.200 weg, 341.800 zu= +16.600)

Warum interessiert es unsere Landesregierung so keinen Deut, wo denn nun unsere brandenburgischen Weiber sind? Und wie es den hier verbliebenen Mädchen und Frauen geht? Was sind ihre Existenzprobleme, wie ihre Lebenslagen? Was haben sie für Ansprüche? Wie ist ihre wirtschaftliche, rechtliche, gesundheitliche Situation? Was

passiert in Bildung, Erziehung, Ausbildung und Wissenschaft? Wie schätzen sie ihre Sicherheit und Möglichkeiten bei gesellschaftlicher Mitwirkung ein? Und: Schätzen denn junge Leute mit Kindern oder Kinderwunsch das angeblich familienfreundliche Brandenburg auch als solches?

Seit langem verspricht uns die Landesregierung, sich genau darum zu kümmern. Leider ohne Ergebnis. Und: jedes Jahr sind wieder mehr Weiber weg. Hätte sie die viele Fragen der Linken , Aufforderungen und Appelle alljährlich in der Brandenburgischen Frauenwoche nicht überhört, gäbe es vielleicht wenigstens inzwischen so etwas wie z.B. den ausführlichen Gender-Report aus Sachsen-Anhalt 2003: Daten, Fakten und Erkenntnisse zur Lebenssituation von Frauen und Männern, verbunden mit Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Wir sind gespannt, ob sich da etwas tut. Denn unbestritten haben Mädchen die besseren Leistungen in der Schule, die besseren und höherwertigen Bildungsabschlüsse, dennoch sind sie bei Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, bei der Bezahlung und den so genannten Karrierechancen (gemessen am Anteil in leitenden und Führungspositionen) im Lande klar benachteiligt.

Eine bemerkenswerte Diskrepanz offenbart sich schon bei der Ausbildung. Obwohl nahezu gleich viele Mädchen die Schule abschließen, wie Jungen, wurden zuletzt von 18.414 Lehrverträgen im Land nur 7042 mit jungen Frauen geschlossen. Die Regierung vermochte im Sommer d.J. nicht zu sagen, wie viele Jugendliche nach der Lehre einen Arbeitsplatz in Brandenburg bekommen. Tatsache ist, dass die Rate der direkten Übernahme vom Ausbildungsbetrieb von 46% im Jahr 2004 auf 34% im Jahr 2005 fiel. Es sind also natürlich vorwiegend Beschäftigungsgründe, die junge Leute – vorrangig jene jungen, klugen Frauen - zum Weggehen veranlassen. Frauen pendeln nicht, Frauen machen Ernst: sie wandern ab.

Ein anderes Schlaglicht auf die Gleichstellung im Land:

In Brandenburg gibt es zwar 1 von 4 Oberbürgermeisterinnen, aber nur 7 von 54 Amtsdirektorinnen, 15 von 144 hauptamtlichen Bürgermeisterinnen, von 9 Ministerien sind nur 3 an oberster Spitze mit einer Frau besetzt, es gibt seit Ende 2006 eine Staatssekretärin, nur 10 % der Abteilungsleiter sind weiblich, von den 88 Landtagsabgeordneten sind 39 Frauen.

Professorinnen...?

An der Landesverfassung kann das nicht liegen. Sie besagt:

Artikel 12 (Gleichheit) Absatz 2

Niemand darf wegen...seines Geschlechts...seiner sozialen Herkunft oder Stellung bevorzugt oder benachteiligt werden.

Artikel 12 Absatz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.“

Darüber steht als Sicherheit nicht nur das Grundgesetz. *(Obwohl ich mir an der Stelle die Nebenbemerkung gestatte: Seit dem Beschluss von Hartz IV und dessen für alle Menschen sichtbaren dramatischen, diskriminierenden Folgen ist an der tatsächlichen Verbindlichkeit dieses Grundgesetzes zu zweifeln. Für Frauen und Männer, für Mädchen und Jungen, die davon betroffen sind, sind meiner Meinung nach mehrere Grundrechte ausgehebelt, u.a. Art. 12 Abs.2 unserer Verfassung. Ich wünsche mir mutige Richter, die eine Vorlage beim BVerfG einreichen, um die Grundgesetzwidrigkeit von Hartz IV nachweisen zu lassen.)*

Lothar **Bisky** zum 5. JT der Verfassung (Kolloquium)

1991, als wir an die Erarbeitung unserer Verfassung gingen, gab es eine **Aufbruchstimmung**.

Wir wollten eine Form von Politikgestaltung, die sich Bürgerinnen und Bürgern gegenüber öffnet, die Ideen wie Kritiken, Kreativität und den Willen zur Mitgestaltung von Tausenden politisch herausfordert.

Ministerpräsident Stolpe 1990:

bei seiner allerersten Regierungserklärung erhielt nicht nur von den Regierungsfractionen Beifall, als er feststellte: *“Leitlinie ist für uns der Aufbau des demokratischen, freiheitlichen, sozialen und ökologisch orientierten Rechtsstaates. Alle Gruppen der Bevölkerung, auch Minderheiten, sollen Möglichkeiten der Mitwirkung und Einflussnahme erhalten.”*

Wenn die Weiber weiterhin weg ziehen, kann es also nicht an den politischen Absichten und auch nicht am Verfassungstext liegt, wohl aber doch an der Lebensrealität: an den Erfahrungen, die Frauen und Familien seit 1990 auch in Brandenburg machen, an den Signalen der Landesregierung, die sie so gesendet hat und weiter sendet.

BILANZ >>>

- **1991** Runder Tisch für Frauenfragen und Engagement für ein Gleichstellungsgesetz
- erste Brandenburgische Frauenwoche
- ca. 95 Gleichstellungsbeauftragte im Amt, die Arbeitslosenquote lag im Westen bei 9 % im Osten bei 20 %

- **1992** Frauenpolitischer Rat
- Demonstrationen gegen den § 218, die Bedeutung der Debatte aber erst später verstanden

- **1993** Mädchenprojekte
- MASGF fördert die Frauenhäuser zu 90 %

- **1994** Landesgleichstellungsgesetz Brandenburg
- der 9. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung resümiert, dass Mädchen und junge Frauen die Verliererinnen des Einigungsprozesses sind
- die Arbeitslosenquote bei brandenburgischen Frauen ist mit 20,6 % doppelt so hoch wie die der Männer im Land (9,9 %)

- **1995** MASGF fördert eine Koordinierungsstelle des Netzwerkes Brandenburgischer Frauenhäuser

- **1996** 610-Stellen-Programm zur Förderung von Personalkosten
- Inkrafttreten der Frauenförderverordnung, aber immer noch kein Vergabegesetz

- **1997** Finanzministerin Simon sichert bis 2001 jährlich 4,4 Millionen DM Frauenfördermittel zu

- **1998** Mädchen-Projekte-Tag: es entstanden bisher 63 Projekte
- 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung – die geschlechterspezifische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird nachdrücklich als Entwicklungsherausforderung definiert, insbesondere in den neuen Ländern

- **1999** der Amsterdamer Vertrag verpflichtet auch die BRD zur Implementierung von Gender Mainstreaming

- **2000** markiert mit 186 den Höchststand der hauptamtlichen kommunalen GBA
- Rote Karte für Frauenminister Ziel
- Regionalstellen „Frauen und Arbeitsmarkt“ beim MASGF, ein Brandenburgisches Projekt

für erfolgreiche, niedragschwellige Angebote als selbständige Einrichtungen ausgelaufen

- **2001** Aus für zahlreiche Mädchen- und Frauenprojekte
- 30 % weniger Förderung
- Girls Day
- Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

- **2002** Gewaltschutzgesetz
- es gibt noch 19 Frauenzentren
- Fördermittelkürzungen
- Streichung der einzigen Personalstelle zur Koordinierung des Netzwerkes der Brandenburgischen Frauenhäuser und Reduzierung der Sach- und Personalkosten landesweit tätiger Verbände

- **2003** zum 3. Mal (nach 1996 und 2000) Einschränkung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung (nur noch für Kinder ab dem 3. Lebensjahr und nicht mehr für Kinder arbeitsloser Eltern)
- kommunale GBA nur noch in Gemeinden ab 30.000 Einwohner

- **2004** als Wahljahr zeigt deutlich den Richtungswechsel der Landesregierung auf, den die Koalition aus SPD und CDU eigentlich schon seit 1999 provoziert hat
- bis hin zum Vollzug des politischen Bruchs, der die Gleichstellungspolitik in die Anfangsjahre zurückwirft
- PISA-Studie mit dem Ergebnis, dass in Deutschland die soziale Herkunft und die materielle Ausstattung der Eltern entscheidend ist für die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen
- Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau empfiehlt der Bundesregierung Schritte, um tradierte Rollenbilder und geschlechtsspezifische Stereotype nachhaltig zu verändern
- in Brandenburg gibt es 2 von 4 Oberbürgermeisterinnen, 7 von 54 Amtsdirektorinnen, 15 von 144 hauptamtlichen Bürgermeisterinnen, von 9 Ministerien sind nur 3 an oberster Spitze mit einer Frau besetzt, keine Staatssekretärin (seit Ende 2006 gibt es eine), nur 10 % der Abteilungsleiter sind weiblich, von den 88 Landtagsabgeordneten sind 38 Frauen (mittlerweile 39)
- es gibt nur noch in 12 geschlechtshomogenen Einrichtungen spezifische Projekte und offene Angebote für Mädchen und junge Frauen

- das MASGF steht nun nicht mehr für **Frauen**, sondern **Familie** – der dagegen vorgebrachte Protest scheiterte
- **2005** familienpolitisches Maßnahmenpaket wird verabschiedet, aktive Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik wird damit nicht betrieben
- 80 % der öffentlichen Gelder für Jugendarbeit kommen Jungen und jungen Männern zugute
- die Landesgleichstellungsbeauftragte wirkt nur in der Landesverwaltung, die Angliederung an die Staatskanzlei scheitert
- **2006** gibt es noch 18 Frauenhäuser, von denen fast alle um ihre Existenz bangen als freiwillige kommunale Aufgaben
- von den ehemals 186 kommunalen GBA sind inzwischen nur noch 28 hauptamtlich (mit mind. 50 % ihrer Arbeitszeit) tätig und 6 ehrenamtlich
- **2007** wird mit der Novellierung der Kommunalverfassung die Rolle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auch nicht gestärkt

Ja, Gleichstellung von Mann und Frau hat – zum Glück Verfassungsrang... ABER in eine moderne, konsequente und offensive Gleichstellungspolitik zugunsten der Chancengleichheit und Lebensqualität von Frauen und Männern lässt sich beim besten Willen in Brandenburg nicht entdecken. Eher das Nachgeben gegenüber den obersten Buchhalterinnen und Buchhaltern in der Funktion der Finanzminister, die rigorose Haushaltskonsolidierung als alternativlosen Selbstzweck sehen und ihr die Zukunftschancen von Menschen opfern.

„Unrecht“, meint Herr Keuner in seinen Geschichten von Bertolt Brecht, „gewinnt oft Rechtscharakter einfach dadurch, dass es häufig vorkommt.“

„Der Widerspenstigen Zähmung“, wie Frau Dahn vor Jahren das Einschnüren der Ostfrauen in das Korsett der Westrealität bezeichnete, ist inzwischen wohl nicht mehr nötig. Frauen und Mädchen sind inzwischen in diesem Lande angekommen und passen sich an. Strukturelle Benachteiligung versuchen sie durch individuelle Stärke und Lösungen auszugleichen. Und deshalb, verehrte Landesregierung, gehen sie eben weg...

Die bundesdeutsche wie brandenburgische Gleichstellungspolitik befindet sich in einer **paradoxen Situation**: Obwohl der EU-Rahmen erlauben würde, zum Beispiel in Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik eine eigenständige und offensive

Gleichstellungspolitik zu praktizieren, um die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise abzubauen, obwohl Fördermöglichkeiten aus dem Europäischen Sozialfonds und für den ländlichen Raum durchaus ein Frauen unterstützendes Arbeitsmarktpolitisches Programm ermöglichen würden, finden wir in Brandenburg an dieser Stelle fast nichts. Wir haben Zukunftstage, Modell- und Pilotprojekte, aber keine nachhaltigen, mittelfristig angelegten Gleichstellungs- und Strukturpolitik. In Brandenburg fehlt immer noch ein Vergabegesetz. (Da werden wohl CDU und SPD 2009 zum 3. Mal damit Wahlwerbung machen, wie mit der Kinder- und Bildungspolitik.)

Dabei gibt es doch: **Gender Mainstreaming**.

>>> ...

Nicht nur meine grundsätzliche **Kritik** an der Landesregierung lautet:

Solange das Instrument Gender Mainstreaming lediglich nach innen – in die Verwaltung des Landes – gerichtet ist, nicht aber nach außen in eine Struktur- und Gesellschaftspolitik mündet, wird es stumpf und wirkungslos bleiben. Das ist eine seit Jahren verpasste Chance!

Es gibt nicht die eine wirksame, die eine richtige Gleichstellungspolitik, die von einer Ministerin angesagt und wirksam würde. Die Kunst besteht darin, vielfältige Politiken zu verknüpfen.

Um zu verhindern, dass am Ende noch alle Weiber weg sind, empfiehlt das Gender-Institut in Halle für das Land Sachsen-Anhalt u.a.:

- Erweiterung der Wissensbasis auf qualitativer Ebene (Gründe für das verstärkte Abwandern, Kenntnis der Lebenslagen ist unerlässlich – bis hin zu Geschlechtsrollenstereotypen in Jugendkulturen und Mobilitätsverhalten)
- Maßnahmen am Schnittpunkt Ausbildung (oft: vor Ausbildung das erste Mal die Frage nach Abwanderung...> gezielt die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen bei der Vergabe von regionalen Ausbildungsplätzen beseitigen, Förderprogramme für technische Berufe, bessere Studienbedingungen für Frauen und junge Eltern)
- Maßnahmen am Schnittpunkt Berufseinstieg (- führt am ehesten zur Abwanderung > Förderprogramme zur Erleichterung der Berufseinmündung mit einer Frauenquote von mehr als 50%, insbesondere auch nach Abschluss eines Studiums!)
- Maßnahmen im Bereich Lebensumfeld (Lebensqualität und persönliches Umfeld

spielen eine dominante Rolle für Abwanderungsentscheidung > Möglichkeiten für ehrenamtliches oder politisches Engagement, Jugend- und Sportvereine, finanzielle Unterstützung entsprechender Projekte auch an die Bedingung der Frauenquote binden)

Voraussetzung für all das wäre: die Augen zu öffnen, die Realität im Lande und die Ergebnisse von 15 Jahren Politik auf der Grundlage dieser Landesverfassung zu untersuchen und die Ergebnisse auch zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Beispiel wären die Diskussionsergebnisse des 1. März aus der Werkstatt zum Auftakt der Brandenburgischen Frauenwoche dafür schon mal da, aus ihnen kann man auch Schlussfolgerungen zu ziehen. Welche Zukunfts- und Bildungswünsche und welche tatsächlichen Chancen haben Mädchen?

Welche frauenspezifischen Beschäftigungschancen gibt es, wie kann geschlechtsspezifisch auch Existenzgründung gefördert werden?

Wie sehen Frauen die Daseinsvorsorge im Lande? Fühlen sie sich sicher und versorgt?

Wie werden überhaupt vorhandene frauen- und familienpolitische Instrumente akzeptiert?

Welche Bedeutung hat Familienbindung, Heimatgefühl, Verkehrsanbindungen z.B. für Pendelmöglichkeiten bei Abwanderungs- und Rückkehrentscheidungen?

Und warum wollen wir uns nicht erneut an einem Runden Tisch setzen: mit dem Frauenpolitischen Rat und vielen anderen Mädchen und Frauen? Wir sagen: Dafür braucht nicht nur eine couragierte Frauenministerin, dazu braucht es einen Politikwechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Viel Platz für Politik, viel Platz für Die Linke.